

Rückzug auf den harten Kern

Präsident Sarkozy hat seine «Öffnung nach links» still beerdigt. Von Andreas Rüesch

Auf den ersten Blick hat sich mit der Umbildung der französischen Regierung nicht viel geändert. Entgegen monatelangen Spekulationen ist Premierminister Fillon geblieben; gegangen ist dafür erwartungsgemäss Arbeitsminister Woerth, die Schlüsselfigur in der Parteispendenaffäre der letzten Monate. Nur wenige Gesichter sind hinzugekommen, und eigentlich sind es nicht neue, sondern altbekannte: allen voran Alain Juppé, der aus der Versenkung zurückgekehrte einstige «Kronprinz» Präsident Chiracs, dann aber auch Xavier Bertrand, der ebenfalls schon in etlichen bürgerlichen Regierungen mitgewirkt hat.

Doch der erste Blick täuscht: Paris ist von einem mittleren politischen Erdbeben erschüttert worden, dessen Folgen noch nicht völlig absehbar sind. Sicher ist nur, dass Präsident Sarkozy sein Experiment einer Öffnung nach links und zur Mitte hin abgebrochen hat. Was beim Start vor dreieinhalb Jahren noch als geniales Manöver zur Schaffung einer breiten Mehrheit beklatscht worden war, scheint sich überlebt zu haben. Mit Bernard Kouchner, dem amtsüden bisherigen Aussenminister, haben die letzten aufrechten Sozialisten das Kabinett verlassen. Sarkozy hat sie fallengelassen, weil sie ihm politisch nicht mehr von Nutzen waren. Ausgebootet wurden aber auch die meisten Minister aus den Zentrumsparteien, was brisanter ist, weil der Präsident in seiner Wiederwahlkampagne die Unterstützung der politischen Mitte benötigen wird. Zurückgeblieben ist der harte Kern der gaulistischen Rechten, angeführt vom populären Fillon und verstärkt durch Schwergewichte wie Juppé. Das also ist die Equipe, mit der sich das Elysée für die Wahlen in anderthalb Jahren rüstet.

Ein kluger Schachzug? Zumindest löst er zwei Probleme: Erstens stärkt der Präsident seinen Rückhalt in der rechten Basis, die in der Vergangenheit über seine abenteuerliche Personalpolitik, aber auch sonst über seinen unkonventionellen Stil nicht immer glücklich war. Zweitens sichert er sich gegen potenzielle Herausforderer im eigenen Lager ab, indem er zwei Gaullisten mit präsidialen Ambitionen, Fillon und Juppé, in seiner Nähe beschäftigt. Der Rückgriff auf bewährte Parteifreunde spiegelt aber zugleich die geschwundene Macht des Elysées. Für ein Experiment, wie es die Berufung des Zentristen Borloo an die Regierungsspitze bedeutet hätte, reicht Sarkozys Gestaltungsfreiheit nicht mehr. Dieser ist inzwischen so unpopulär, dass sein Statthalter Fillon unentbehrlich geworden ist.

Nationale Interessen haben Vorrang

Die Uneinigkeit zeigt sich in vielerlei Hinsicht. Selbst aus der Vorbereitung des Europäischen Rates im September lässt sie sich herauslesen. Die Hohe Vertreterin Ashton bat die Mitgliedstaaten, ihre Positionen gegenüber China in einer bestimmten Frage, der Gewährung des sogenannten Marktwirtschaftsstatus, zu Papier zu bringen. Die einen nahmen konkret zu dieser Frage Stellung, andere legten gleich ein ganzes Konzeptpapier vor. Zentral sind die grossen inhaltlichen Unterschiede: In

Die Neidgesellschaft bläst zum Halali

Reiche haben es schwer. Ihr Wohlstand wird kritisch beäugt, die Lust, ihn steuerlich immer stärker abzuschöpfen, wächst. Die Zehnte aber bezahlt der Mittelstand; und über kurz oder lang auch jeder, der von staatlichen Leistungen zehrt. Von Markus Spillmann

Neid trägt viele Gesichter. Wenn der Schweizer Souverän am 28. November über die Steuerrechtsinitiative der Sozialdemokraten befinden wird, verbirgt er sich nicht zum ersten Mal hinter der Forderung nach Gleichheit und Gerechtigkeit. Vordergründig trifft es «nur» die Reichen und sogenannte Superreichen im Land – und Kantone und Gemeinden fern der grossen Zentren, die im harten Wettbewerb um attraktive Rahmenbedingungen auf den Zuzug begüterter In- und Ausländer angewiesen sind. In Tat und Wahrheit aber will die Linke den eidgenössischen Umverteilungsmechanismus immer weiter ausdehnen. So steht diese Initiative in konsequentem Einklang mit dem vor kurzem präsentierten neuen Parteiprogramm der SP, das in seinen Kernaussagen zu Staat, Wirtschaft und Gesellschaft geradezu erschütternd rückwärtsgewandt argumentiert. Der Staat ist allumsorgend, der Bürger wird entmündigt, die Gleichmacherei zur Gesellschaftsmaxime erhoben. Als hätte die Geschichte nicht hinlänglich gezeigt, wohin dieser Irrglaube führt.

Die Reduktion auf eine namentlich erfassbare, in ihrer Lebenshaltung einfach zu diskreditierende Gruppe hat inzwischen System. Waren es bis vor kurzem nur die «Abzocker» – gemeint waren in erster Linie Banker, Privatbanquiers und Manager börsenkotierter Grosskonzerne –, so trifft es nun ganz kollektiv die «Reichen», was, in Franken definiert, ein steuerbares Einkommen ab 250 000 Franken und ein Vermögen ab 2 Millionen meint.

Gleichheit ist gut – Reichtum ist schlecht

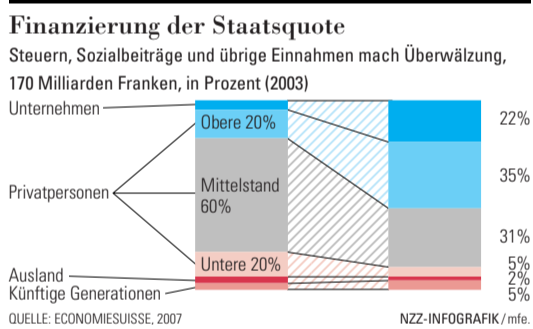
Jede in Freiheit und Demokratie verfasste Gesellschaft ist auf ein Mindestmass an Solidarität der Leistungsstarken mit den Schwachen angewiesen. Mit Gerechtigkeit hat das nichts zu tun, sondern mit einem gesellschaftlichen Grundkonsens, den es immer wieder von neuem auszuhandeln gilt. Die Linke aber will etwas ganz anderes: Sie will nicht Ausgleich, sie will Gleichheit. Wer viel verdient, ist suspekt – weil sein Lohn in direkten Vergleich gesetzt wird mit dem von jenen, die wenig verdienen. Nach Gründen der Differenz wird kaum je geforscht; das Faktum stört, nicht die Ursache. Und so lässt sich mit der Forderung nach Gerechtigkeit und Gleichheit wuchern – denn beides gilt als erstrebenswert, moralisch erhaben, gut.

Die Konsequenzen der SP-Steuerinitiative sind in diesen Spalten ausführlich beschrieben worden. Eine Annahme am 28. November würde die

Schweiz in ihren föderalen Grundfesten erschüttern, den Mittelstand, die steuerpflichtige Familie, das Kleingewerbe, ironischerweise vor allem aber auch all jene treffen, die heute von staatlichen Zuwendungen direkt oder indirekt profitieren. Denn man mache sich nichts vor: Kapital ist beweglich und wird verschoben, von heute auf morgen. Damit geht Finanzierungskraft verloren, direkt als Folge tieferer Steuererträge, indirekt als Folge geringerer Einnahmen etwa des Gewerbes, weil kaufkräftige Kundschaft vertrieben wird. Und da ein Staat dazu neigt, immer mehr auszugeben, wird die Fiskallast zur Finanzierung dieser Aufgaben schleichend auch auf jene Anspruchsgruppen ausgedehnt werden müssen, die heute noch von den Transferzahlungen der gut und sehr gut Verdienenden in diesem Land profitieren. Aus der Umverteilung von oben nach unten würde eine Umverteilung von Gleichen zu Gleichen. Bestraft werden heute die Reichen; morgen aber sind es die mittelständischen Erwerbstätigen, die vielfach bereits jetzt auch bei anständigen Einkommen kaum mehr fähig sind, Vermögen anzusparen.

Zur Erinnerung: Rund 60 Prozent aller staatsquotenrelevanten Ausgaben inklusive der Sozialversicherungen werden laut einer umfassenden Studie von Economiesuisse in der Schweiz durch Unternehmen und von 20 Prozent Privatpersonen finanziert, die zum einkommensstärksten und vermögenden Segment gehören. 70 Prozent der direkten Bundessteuer werden von weniger als 10 Prozent der Steuerzahler berappt, während rund ein Viertel der Bevölkerung weitgehend von der Last der Finanzierung der Staatsausgaben durch Einkommens- und Vermögenssteuern befreit ist.

Noch krasser ist diese euphemistisch als solidarische Gerechtigkeit bezeichnete Umverteilung zwischen Reichen und weniger Begüterten bei den Sozialversicherungen wie AHV, IV, EO und ALV.



Die EU-Chinapolitik – mehr als ein Papiertiger?

Im Innern die Vielfalt der Mitgliedstaaten und Regionen zu leben und nach aussen für gemeinsame Interessen zu streiten, klingt als Politikmodell für die Europäische Union überzeugend. In der aussenpolitischen Praxis ist dies jedoch weiterhin mehr Ziel als Realität. Von Viola von Cramon

Es ist eine schmerzliche Alltagserfahrung der EU-Aussenpolitik, dass unproduktive nationale Konkurrenzen immer wieder gemeinsame Ansätze schwächen. Eine Chance für die notwendige Kurskorrektur könnte sich bei der Definition und Umsetzung einer gemeinsamen europäischen Chinapolitik ergeben. Wo sonst böte sich eine Abkehr von einzelstaatlich geprägter Aussenpolitik besser an als im Verhältnis zu dem in seiner wirtschaftlichen und weltpolitischen Bedeutung rasant wachsenden Reich der Mitte? Diese Frage wurde vom Europäischen Rat am 16. September relativ klar beantwortet. Die Regierungen waren sich über die Notwendigkeit einer kohärenteren EU-Chinapolitik einig. Wie sollten auch die einzelnen Mitgliedstaaten ihre Interessen mit dem notwendigen Gewicht gegenüber China wirkungsvoll vertreten? Die EU ist derzeit allerdings noch meilenweit von einer gemeinsamen Chinapolitik entfernt.

Südwesteuropa beispielsweise steht der chinesische Druck auf den heimischen Arbeitsmarkt im Vordergrund, in Osteuropa herrscht vielerorts noch ein besonders starkes Misstrauen gegenüber Einparteiensystemen vor, und in Griechenland wiederum empfängt man Chinas Investitionen mit offenen Armen. Für Deutschland etwa stehen die guten Geschäftsbeziehungen im Mittelpunkt.

Solange die EU-Mitgliedstaaten nicht an einem Strang ziehen, wird Peking sich weiterhin bevorzugt an einzelne Regierungen wenden, und die EU-China-Gipfel werden bedeutungslos bleiben. Auf dem EU-China-Gipfel am 6. Oktober sprachen Ratspräsident Van Rompuy und Kommissionspräsident Barroso mit dem chinesischen Premierminister Wen Jiabao unter anderem über die Gewährung des Marktwirtschaftsstatus. Bundeskanzlerin Merkel hatte jedoch bereits am Vorabend bei einem Abendessen die Katze aus dem Sack gelassen und Wen Unterstützung dabei zugesagt. Dadurch unterstrich die Bundeskanzlerin die Bedeutungslosigkeit des EU-China-Gipfels.

Wenn immer Uneinigkeit herrscht, muss eine kleine Gruppe vorgehen. Die drei grossen Mitgliedstaaten Frankreich, Grossbritannien und Deutschland finden in Peking am meisten Gehör, ihre Aussenministerien können sich aufgrund ihrer Grösse intensiver mit China beschäftigen, und wenn gemeinsame Aussenpolitik bedeutet, dass bilateraler Spielraum abnimmt, dann haben diese drei am meisten zu verlieren. Solange sie sich nicht einigen, wird auch auf der Ebene der EU-27 wenig zu erwarten sein. Durch den Vertrag von Lissabon

sind die Voraussetzungen für eine gemeinsame Aussenpolitik eigentlich geschaffen worden. Viele nationale Regierungen haben sich jedoch nur halbherzig dafür eingesetzt, der Hohen Vertreterin und dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) eine eigenständige Rolle zu geben. Auf EU-Ebene gibt es über 60 Mechanismen des Dialogs mit China, darunter die Bereiche Wirtschaft, Finanzpolitik, Bildung, Kultur, Umwelt, Zivilgesellschaft und Menschenrechte. Dass die Mitgliedstaaten der EU parallel dazu viele sehr ähnliche Foren mit China unterhalten, illustriert treffend die Inkohärenz der EU-Aussenpolitik. Ziel muss es sein, diese Foren unter einem Dach zusammenzuführen.

Zunehmender Gestaltungsanspruch

Als scheinbar unüberwindliche Barrieren behindern nationale Wirtschaftsinteressen eine einheitliche europäische Chinapolitik. Wer mag es der chinesischen Regierung verdenken, dass sie diese Situation dankbar nutzt, um EU-Staaten gegeneinander auszuspielen? Im Feld der Handelspolitik, die am stärksten vergemeinschaftet ist, könnte die EU gegenüber China ungleich stärker auftreten. Gerade hier bietet sich der EU ein starker Hebel: Peking wünscht sich seit langem die vorzeitige Gewährung des Marktwirtschaftsstatus, den China ohnehin 15 Jahre nach seinem WTO-Beitritt, also 2016, erhalten wird. Dafür benötigt die Volksrepublik europäische Unterstützung. Über diese Forderung der Chinesen sollte verhandelt werden, indem

die Gruppe der Vermögenden und sehr Vermögenden bezahlt zusammen mit den Unternehmen 58 Prozent, während der Mittelstand 31 Prozent finanziert und die einkommensschwachen 20 Prozent der Bevölkerung nur gerade 4 Prozent besteuern. Letztgenannte erhalten ein Vielfaches dessen aus der AHV, was sie einbezahlt haben.

Wer viel verdient, profitiert richtigerweise weniger – weil er leistungsfähiger ist, besser auf eigenen Beinen stehen kann. So will es das zum friedlichen Zusammenleben notwendige Masshalten zwischen Reichen und Armen, zwischen Zahlenden und Begünstigten. Mit Gerechtigkeit aber hat das wenig zu tun, sehr viel hingegen mit gelebter Solidarität, mit Anstand, mit Moral und einem ausgeprägten Bürgersinn für ein föderales, demokratisch verfasstes und liberales Staatswesen.

Moral ist keine Frage des Einkommens

Neid aber zerstört diese Solidarität, weil er nach immer noch mehr Gerechtigkeit und Gleichheit ruft. Was zählt, ist nicht mehr die Leistung, die zum materiellen Wohlstand führt, sondern nur noch die Tatsache, dass es solchen gibt. Wer viel arbeitet, wird in einem solchen System bestraft. Ehrlicher Fleiss lohnt sich nicht mehr, das Mass aller Dinge wird, nicht aufzufallen.

Bei allem berechtigten Unmut über gewisse Exzesse darf es dazu nicht kommen. Denn wer meint, die Initiative trafe nur jene, die sich in obsessiver Prunksucht und in unmoralischer Weise bereichern, der irrt: Es trifft alle, vom Tennisstar über die Erben des elterlichen Betriebs bis zur Familie mit zwei Kindern, wo er als Ingenieur und sie im Lehrerberuf arbeitet. Einmal abgesehen davon, dass unmoralisches Verhalten keine Frage des Einkommens, sondern eine des Charakters ist.

Angesichts der beängstigenden Schuldenlast, der demografischen Belastungen der Zukunft und der immer intensiveren Wettbewerbssituation in einer global vernetzten Wirtschaft wäre Masshalten auch in diesem Land dringend angezeigt. Ansetzen aber sollte dieses Umdenken in erster Linie beim Staat und bei unseren Ansprüchen an diesen. Der Ruf nach immer neuen Steuern muss mit der Frage verbunden sein, wofür diese Mittel eigentlich ausgegeben werden. Was sind künftig noch die Aufgaben des Staates, wo setzen wir die Prioritäten, welche Leistungen erwarten wir – und wo üben wir Verzicht? Nüchternes Abwägen sollte uns leiten, nicht Zorn und schon gar nicht Neid.

Viola von Cramon ist Abgeordnete im Deutschen Bundestag. In der Fraktion der Grünen ist sie Sprecherin für die Aussenpolitik der EU.